



Foto: Erich Weiß

Überzogen, unnötig und realitätsfremd

sind nach Meinung der GAL die Planungen für ein ca. 110 Hektar großes Gewerbegebiet nordwestlich der B 26 gegenüber der Müllverbrennungsanlage. Über die Entwicklungsmöglichkeiten und die Notwendigkeit von Gewerbeflächen an dieser Stelle gab der Stadtrat gegen die Stimmen der GAL ein Gutachten in Auftrag, das vor kurzem in nichtöffentlicher Sitzung vorgestellt wurde. Das beauftragte Büro verspricht darin das Blaue vom Himmel: Über 50 Betriebe würden sich innerhalb von nur acht Jahren dort ansiedeln. Eine traumtänzerische Prognose – aber nicht ganz unverständlich, schließlich hofft das junge Beraterteam auf lukrative Folgeaufträge, wenn die Stadt diese Pläne weiterverfolgt. Dabei ist nach Meinung der GAL eine solch überdimensionierte Neuausweisung überhaupt nicht notwendig. Die Stadt sollte sich vielmehr auf ihre brachliegenden Industrieflächen konzentrieren, wie das Schaeffler-Gelände und die ERBA; auch

am Laubanger gibt es noch genügend freie Flächen auf Stadtgebiet, die gezielt vermarktet werden könnten. Zudem wurden erst vor kurzem völlig neue Gewerbegebiete am Börsting, am Tännig und an der Forchheimer Straße ausgewiesen, die eigentlich auch schon in diesem Ausmaß mehr sind, als gebraucht wird. Nordwestlich der B 26 wären intakte und unberührte Biotopflächen sowie Ackerland betroffen. Zudem liegt das Areal innerhalb eines amtlich festgelegten Überschwemmungsgebiets am Zusammenfluss von Main und Regnitz und stellt einen nicht ersetzbaren Retentionsraum für Hochwässer dar. Erst nach der OB-Wahl wird das Thema wieder den Stadtrat beschäftigen. Bleibt zu hoffen, dass sich die Mehrheitsfraktionen nicht von den Versprechungen blühender Gewerbe-Landschaften blenden lassen, sondern sich auf das Machbare konzentrieren – und nordwestlich der B 26 lieber Natur-Landschaften blühen lassen.

Gastkommentar

Dr. Cornelia Waldmann-Selsam Die Stadtluft ist krank

Stellen Sie sich vor, Sie fühlen sich krank. Sie gehen zum Arzt, die Symptome sind eindeutig, eine sichere Diagnose ist schnell gefunden. Sie erwarten selbstverständlich sofortige Behandlung, damit Sie bald wieder gesund sind. Aber es passiert das Gegenteil. Der Arzt will die pathologischen Befunde erst einmal mit Kollegen besprechen, er muss Niederschriften anfertigen, Therapieansätze bei seinen Vorgesetzten einreichen, weitere Untersuchungen veranlassen, Gutachten in Auftrag geben usw. Die Zeit vergeht – und Sie fühlen sich immer kränker.

Die Patientin, der auf diese Weise übel mitgespielt wird, ist unsere Stadtluft – und Mitleidende sind wir alle, die wir sie täglich einatmen müssen.

Die Stadtluft ist krank – krank von einem Übermaß an Ruß und Benzol, das wir ihr täglich durch Autoabgase zumuten. Krank werden aber auch die Menschen, die an Straßen mit besonders hoher Schadstoffkonzentration wohnen. Benzol in der Atemluft und in der Nahrung kann auch in kleinsten Mengen Leukämie und andere bösartige Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe auslösen. Um das Risiko zu begrenzen, darf momentan in Deutschland ein Wert von 10 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht überschritten werden (ab 2010 gilt europaweit ein Grenzwert von 5 µg/m). Nach derzeitigem Wissensstand rechnet man bei diesem Grenzwert mit zehn zusätzlichen Krebskranken auf 100.000 Menschen, die lebenslanglich so viel Benzol einatmen. Bei Dieselfuß muss beim jetzigen Grenzwert von 8 µg/m mit zusätzlich 56 Lungenkrebskranken auf 100.000 exponierte Personen gerechnet wer-

den. Wohlgermerkt: Man nimmt schon bei Einhaltung dieser Werte schwer kranke und sterbende Menschen in Kauf.

Diese Grenzwerte sind an elf Stellen in der Bamberger Innenstadt überschritten. Dort wohnen Menschen. Diese Menschen sind in Gefahr. Um sie zu schützen, muss die Stadtluft in Bamberg wieder gesund werden. Eine Therapie ist mehr als überfällig.

Was wir jetzt dringend brauchen:

- mutige StadträtInnen in allen Parteien, die aus Verantwortungsgefühl für die AnwohnerInnen auch einschneidenden und zunächst vielleicht unpopulären Maßnahmen zustimmen, und die jegliches zusätzliches Verkehrsaufkommen ablehnen.
- tüchtige VerkehrsplanerInnen, die Therapieansätze vorlegen und zügig ausführen.
- InnenstadtbewohnerInnen, die eine starke Lobby für die Gesundheit der Menschen aufbauen.
- zahlreiche ÄrztInnen, die ihre Aufgabe Krankheiten zu verhüten engagiert wahrnehmen.
- wir brauchen aber auch den Mut, offen auszusprechen: Die Autoabgase gefährden uns – wir müssen gemeinsam der Gefahr begegnen.



Dr. Cornelia Waldmann-Selsam ist praktische Ärztin. Zusammen mit anderen Betroffenen, BürgerInnen und ÄrztInnen hat sie die „Interessengemeinschaft Gesundes Bamberg“ gegründet. Kontakt über Tel. 12300.

99Zeuse

was Sie im FT nicht lesen können

Bamberg – die Stadt der „Gutverdienenden“

Gutverdienende sind zwar nicht unterstützungsbedürftig, dafür aber unterstützungswürdig. Das belegt ein Beschluss des Bausenats vom 15. September 1999. In nichtöffentlicher Sitzung stimmte die Mehrheit der Senatsmitglieder (gegen die Stimmen der GAL) einem Verwaltungsvorschlag zu, sechs städtische Bauplätze ohne öffentliche Ausschreibung zu verkaufen. In der Sitzung be-

gründete der Wirtschafts- und Rechtsreferent Robert Gegenfurtner sein Ansinnen damit, „Gutverdienende in Bamberg zu halten, bzw. als Neubürger zu gewinnen“. Das Amt für Wirtschaft holte sich also die Genehmigung dafür, die Bauplätze „bei entsprechender Gelegenheit ohne sonst übliche Ausschreibung und ohne Anwendung des Sozialen Punktekataloges (...) anbieten und nach

entsprechender Genehmigung durch den Bausenat kurzfristig veräußern zu können“.

Mit anderen Worten: Rare Grundstücke in bester Lage werden neuerdings nicht mehr öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben, sondern nur noch einem ausgewählten Personenkreis mit prallem Portemonnaie zugeschanzt.

Gestank droht mit Abwanderung

An der Pödeldorfer Straße, Ecke Brennerstraße, stinkt's – süßlich-giftig nach lösemittelhaltigen Lacken – und das schon jahrzehntelang. Seit nunmehr zehn Jahren appelliert die Stadt Bamberg in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen an die Firmenleitung des Tubenherstellers Kaufmann & Sohn, die bedenklichen Schadstoffemissionen abzustellen. Aber bis heute hat die Firma immer noch nicht alle erteilten Auflagen umgesetzt, sondern formuliert in ebenso regelmäßigen Abständen tröstende und hinhaltende Stellungnahmen – und verstößt weiter gegen die Auflagen aus dem geltenden Baubescheid von 1990.

Neuerdings droht Kaufmann & Sohn mit Abwanderung ins Bamberger Umland. Und die Stadtspitze bekommt erwartungsgemäß bei dieser Drohung sofort weiche Knie, denn den weiteren Verlust eines Arbeitgebers und Gewerbesteuerzahlers will OB Lauer nicht auch noch auf seine Kappe nehmen. Also lässt sich das Rathaus, und ins-

besondere der auf Antrag der GAL immer wieder damit befasste Umweltsenat weiter hinhalten und wartet ab – in der Hoffnung, das Unternehmen möge tatsächlich umziehen, aber nicht ins Umland, sondern innerhalb der Bamberger Stadtgrenzen. Es würde verhandelt und verschiedene Standortangebote lägen auf dem Tisch, heißt es am Maxplatz. KritikerInnen möchten sich doch bitte ruhig verhalten, die „gewisse Geruchsbelastigung“ für die Anwohnenden sei bis zu einer endgültigen Klärung schon noch hinnehmbar.

Doch ob das mit den Auswanderungsplänen tatsächlich so ernst zu nehmen ist, bleibt fraglich. Der Architekt Bernhard Wittmann, Eigentümer eines benachbarten Grundstücks, hat seit Jahren wegen der anhaltenden Schadstoffausstöße Nachteile für die Nutzung seiner Gebäude und schaltete deshalb eine Rechtsanwältin ein. Er erwägt rechtliche Schritte gegen die Stadt, die auf eine Einhaltung der Bauauflagen zu achten hat. Vor kurzem erhielt Witt-

mann ein Schreiben von Kaufmann & Sohn, in dem allerdings mit keiner Silbe von einem baldigen Umzug die Rede ist. Dabei wäre doch mit dem Hinweis, dass man in allernächster Zeit sowieso die Produktion einstellen werde, der Nachbar sicher leicht zu beruhigen gewesen. Es deutet also einiges darauf hin, dass der Tubenhersteller weiterhin nur daran interessiert ist, Zeit zu schinden und Ausgaben für zusätzliche Reinigungsfilter und Produktionsumstellungen zu sparen.

Der Umweltsenat beschäftigt sich im Mai wieder mit dem Thema. Hoffentlich erinnert sich CSU-Stadtrat Werner Hipelius dann noch an seinen Redebeitrag aus der nichtöffentlichen Sitzung im November, als er ankündigte, die Geduld seiner Fraktion sei nach dieser neuerlichen Vertröstung endgültig am Ende, dann müsse endlich gehandelt werden. Über diese Unterstützung würden sich nicht nur die GAL, sondern bestimmt auch die Anwohner und Anwohnerinnen freuen.

Anpassungsfähiger Landschaftsschutz

Aufgrund des Bayerischen Naturschutzgesetzes werden Landschaftsschutzgebiete (LSG) ausgewiesen, um bestimmte Naturflächen vor unerwünschter zerstörender Nutzung, z.B. Bebauung, zu schützen. Das gilt allerdings nur so lange, bis jemand eine solche Nutzung des jeweiligen Gebiets wünscht. Tritt dieser Wunsch nämlich auf, so zeigt sich der eigentliche Wert von Landschaftsschutzgebieten: Sie stehen bei Bedarf zur Änderung, sprich Verkleinerung, schnell zur Verfügung.

So geschehen auf den Flächen der US-Armee am Ende der

Zollnerstraße, wo vor kurzem durch die Stadt das Neubaugebiet Kastanienstraße (Einfamilienhäuser für Armeeingehörige) ausgewiesen wurde. Eben dieses Gebiet gehörte bis dato eigentlich noch zum Landschaftsschutzgebiet Hauptsmoorwald. Aber das störte weder Stadplaner noch Stadtratsmehrheit. Denn die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Hauptsmoorwald werden derzeit sowieso neu gezogen, und da ist es kein Problem, sie den Bauwünschen der Amerikaner anzupassen. Im Sitzungsvortrag des Umweltsenats hieß es denn auch

lapidar: Es werde „die Neuaufgrenzung bis zum Frankenschnellweg zurückgenommen, weil z.T. im rechtskräftigen LSG intensive Nutzungen durch die US-Armee bestehen bzw. geplant sind und ein LSG-Status rechtlich (nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz) und fachlich dort kaum haltbar ist.“

Fazit: Es werden also zuerst Fakten geschaffen und dann die rechtliche Lage diesen Tatsachen angepasst. Funktioniert Landschaftsschutz nur dort, wo sowieso keine Gefahr droht?

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE

die etwas andere
Trauring-Kollektion

Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung • Außenaufruf
96052 Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 6 73 40

i m p r e s s u m

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:

Wolfgang Budde, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Andreas Becker, Frank U. Frei, Oliver Gasparini

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

Photos: Bernhard Kümmelmann, Erich Weiß

Karikatur: Gerd Bauer, Nürnberg

Gestaltung: Bernhard Kümmelmann

Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 54 / Februar 2000